

Politischer Kurzbericht

Serbiens neue Regierung – Kostunica stellt Kabinett und Regierungsprogramm vor

von

Dr. Bernhard Lamers <lamers@kas-bg.org>

Dr. Alexander Grunauer grunauer@kas-bg.org

Außenstelle Belgrad der Konrad-Adenauer-Stiftung
Belgrad, 04. März 2004

Rund zwei Monate nach den Wahlen vom 28. Dezember 2003 hat das serbische Parlament am 3. März 2004 der Minderheitsregierung bestehend aus der Demokratischen Partei Serbiens (DSS)¹, G17 Plus² und dem Bündnis Serbische Erneuerungsbewegung / Neues Serbien (SOP/NS) das Vertrauen ausgesprochen. Die neue Regierung wurde mit 130 Ja-Stimmen zu 113 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung ins Amt gewählt. Von 250 Abgeordneten waren 244 anwesend. *Predrag Markovic* (G17 Plus) wurde zum neuen Parlamentspräsidenten und damit auch amtierenden Staatspräsidenten gewählt. Er löste *Dragan Marsicanin* (DSS) ab, der als Wirtschaftsminister dem neuen Kabinett angehört.

Einleitend stellte der serbische Premierminister, *Vojislav Kostunica* (DSS), in einer sich über zwei Tage erstreckenden Parlamentssitzung die Grundzüge der künftigen Politik seiner Regierung vor. Die Statusfrage von Kosovo und Metohija, die europäische Integration sowie das Verhältnis zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (ICTY) wurden als Schwerpunkte seiner Regierungspolitik benannt.

Über Wochen wurde vergeblich versucht, zwischen den im Parlament vertretenen serbischen Reformparteien³ zu einer Übereinkunft im Hinblick auf eine Regierungsbildung zu gelangen.⁴ Andauernde Spannungen zwischen den beiden stärksten Reformparteien DSS und DS und persönliche Animositäten zwischen Vertretern der beiden Parteien erschwerten diesen Prozess. Vor dem Hintergrund der Spannungen einigten sich schliesslich G17 Plus und SPO/NS unter Führung der stärksten reformorientierten Fraktion im Parlament, der DSS, Mitte Januar auf eine gemeinsame Koalitionsvereinbarung ohne Unterstützung der DS.

Da die vier Parteien gemeinsam jedoch lediglich 109 der insgesamt 250 Parlamentarier im neuen Parlament stellen und eine Einigung mit der DS nicht zustande kam, entschieden sich die Koalitionsparteien in der verfahrenen Situation, die Unterstützung einer

¹ DSS verfügt über den Beobachterstatus bei der EVP

² G17 Plus verfügt über den Beobachterstatus bei der EVP

³ Demokratischen Partei Serbiens (DSS), Demokratische Partei (DS), G17 Plus und Serbische Erneuerungsbewegung / Neues Serbien (SOP/NS)

⁴ Es wird u.a. auf den Text „Serbien hat einen Parlamentspräsidenten“ vom 10. Februar 2004 verwiesen.

Minderheitsregierung bestehend durch die 22 Abgeordneten von der SPS anzunehmen.⁵ Die DS entschied sich wie die stärkste Fraktion im Parlament, die Radikalen (SRS), für den Gang in die Opposition.

Das von Premierminister *Kostunica* vorgestellte Kabinett weist zwei organisatorische Neuerungen auf. Zum einen wurde die Anzahl der Ministerien im neuen Kabinett um 2 Ressorts auf 17 gekürzt. Zum anderen wurde die Anzahl der Stellvertreter des Premierministers von früher sechs auf einen reduziert. Als einziger stellvertretender Premierminister wurde *Miroljub Labus* (G17 Plus) ernannt, der im neuen Kabinett zusätzlich für die Beziehungen zur Europäischen Union zuständig ist.

Entsprechend den Koalitionsvereinbarungen erhielt die DSS neben dem Premierminister neun, das Parteienbündnis SPO/NS mit *Vuk Draskovic* und *Velimir Ilic* vier und G17 Plus neben dem stellvertretenden Premierminister ebenfalls vier Ministerposten. G17 Plus vergab einen dieser Plätze an *Slobodan Orlic* von der Sozial-Demokratischen Partei Serbiens (SDP), der bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2003 auf der Liste von G17 Plus kandidiert hatte.

Die neue Regierung im Überblick:

- Premierminister: *Vojislav Kostunica* (DSS)
- Stv. Premierminister / Koordinator der Beziehungen zur Europäischen Union: *Miroljub Labus* (G17 Plus)

- Wirtschaftsministerium: *Dragan Marsicanin* (DSS)
- Ministerium für Wissenschaft und Umwelt: *Aleksandar Popovic* (DSS)
- Innenministerium: *Dragan Jovic* (DSS)
- Ministerium für internationale Wirtschaftsbeziehungen: *Predrag Bubalo* (DSS)
- Ministerium für Glaubensfragen: *Milan Radulovic* (DSS)
- Justizministerium: *Zoran Stojkovic* (DSS)
- Ministerium für Verwaltungsfragen auf der Ebene der Republik und der Regionen: *Zoran Loncar* (DSS)
- Ministerium für Energie und Bergbau: *Radomir Naumov* (DSS)
- Ministerium für Bildung und Sport: *Ljiljana Colic* (DSS)
- Finanzministerium: *Mladjan Dinkic* (G17 Plus)
- Ministerium für Wald, Gewässer und Landwirtschaft: *Ivana Dulic-Markovic* (G17 Plus)

⁵ Auf diese Weise wurden im bereits Anfang Februar konstituierten Parlament einige in der Koalitionsvereinbarung getroffene Absprechen verabschiedet. Beispielsweise wurde die 50%-Wahlbeteiligungsklausel für Präsidentschaftswahlen, an der bereits drei Präsidentschaftswahlen scheiterten, aufgehoben; die parlamentarische 5%-Sperrklausel für Parteien ethnischer Minderheiten wurde herabgesetzt und Radovan Jelasic, G17 Plus nahe stehend, als neuer Gouverneur der serbischen Nationalbank gewählt, nachdem Kori Udovicki, vom DOS Bündnis unrechtmässig ins Amt gewählt, abgesetzt worden war.

- Gesundheitsministerium: *Tomica Milosavljevic* (G17 Plus)
- Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Soziales: *Slobodan Lalovic* (SDP)
- Ministerium für kapitalintensive Investitionen (Verkehr, Telekommunikation, Stadtentwicklung und Bau): *Velimir Ilic* (NS)
- Ministerium für Handel, Tourismus und Dienstleistungen: *Bojan Dimitrijevic* (SPO)
- Kulturministerium: *Dragan Kojadinovic* (SPO)
- Ministerium für die Diaspora (Auslandserben): *Vojislav Vukcevic* (SPO)

Einige Anmerkungen

Die Besetzung des Justizministeriums mit *Stojkovic* (DSS) und die Ernennung *Bubalos* (DSS) zum Minister für internationale Wirtschaftsbeziehungen offenbaren die Schwierigkeit, geeignete Führungspersönlichkeiten in der DSS zu finden und wurden in der serbischen Öffentlichkeit stark kritisiert. *Stojkovic* war in den achtziger Jahren maßgeblich an einem Dissidentenprozess beteiligt. *Bubalo* ist ein bislang unbekannter Leiter einer Gießerei in Kikinda (Vojvodina).

Als große Hoffnungsträger werden in der serbischen Bevölkerung *Labus*, *Kostunica*, *Ilic* und *Dinkic* gesehen. *Labus* wird zugetraut, dass er mit hoher Verantwortung die Beziehungen zur Europäischen Union pflegen und ausbauen wird. In *Kostunica* wird eine Persönlichkeit gesehen, die in Serbien einen stabilen Rechtsstaat etablieren kann. Während vermutet wird, dass es *Ilic* gelingen könnte, internationale Investoren nach Serbien zu bringen, wird in *Dinkic* ein Garant für die Stabilität des Dinar gesehen.⁶

Vuk Draskovic, Leader der SPO, hatte es persönlich zunächst abgelehnt die Unterstützung der Minderheitsregierung durch *Milosevics* SPS hinzunehmen, beugte sich dann schließlich nach einer parteiinternen Abstimmung der Mehrheit. Dennoch wollte er selbst keinen Ministerposten in der neuen serbischen Regierung einnehmen. Während G17 Plus, welche dem Staatenbund Serbien und Montenegro skeptisch gegenüber steht, keine Aufgaben in der Bundesregierung (Serbien und Montenegro) einnehmen möchte, wird *Draskovic* gegenwärtig als möglicher neuer Außenminister und damit Nachfolger von *Svilanovic* gehandelt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der neuen Regierung, insbesondere zu den Ministern der G17 Plus, dem stellvertretenden Premierminister *Labus* sowie zu Premierminister *Kostunica* und einigen DSS Ministern.

⁶ Vgl. Marten Board International Belgrade, on: <http://www.martenboard.co.yu>

Zum Regierungsprogramm

Vor dem versammelten Parlament erläuterte *Kostunica* in einem 16 Seiten umfassenden Exposé die politischen Schwerpunkte seiner neuen Regierung. Die Statusfrage von Kosovo und Metohija, die Integration in die Europäische Union sowie das Verhältnis zum ICTY wurden dabei als vorrangig zu behandelnde Themen angekündigt. Die Oppositionsparteien (DS und SRS) kritisierten die Rede als schwammig, nebulös und bezeichneten die Regierungserklärung mitunter als fromme Wunschliste.

Die Lösung der Kosovofrage müsse einvernehmlich zwischen Serbien bzw. den Staatenbund Serbien und Montenegro auf der einen Seite und der internationalen Gemeinschaft auf der anderen Seite gefunden werden. In diesem Zusammenhang wurde u.a. die Idee wieder aufgegriffen, dass die serbische Provinz „Kosovo und Metohija“ in Kantone oder Entitäten aufgeteilt werden könnte.⁷ Nur so, führte *Kostunica* weiter aus, sei die Existenz und Sicherheit der serbischen Volksgemeinschaft in der Provinz im Falle einer weitergehenden Autonomie gewährleistet.

In seiner Rede kündigte *Kostunica* ferner an, dass die neue Regierung den Kurs der Annäherung an die Europäische Union fortsetzen werde. Zu einer Mitgliedschaft Serbiens und Montenegros gebe es keine vernünftige Alternative. Er erläuterte, dass die legislative Arbeit der Regierung, die Reform der Verfassung und die Erarbeitung neuer Gesetze auf die Kompatibilität mit der Verfassung der Union Serbien und Montenegro und die Standards der EU ausgerichtet sein werde.

Im Bezug auf den ICTY führte *Kostunica* aus, dass er an einer „gegenseitigen Kooperation“ mit dem Gerichtshof interessiert sei. Auf diese Weise sollen rechtliche, materielle und personelle Voraussetzungen geschaffen werden, damit gewissen Kriegsverbrechern auch vor heimischen Gerichten der Prozess gemacht werden kann und vom ICTY verurteilte Kriegsverbrecher ihre Strafe auch in der Heimat absitzen können.

Weiter äußerte sich der Premierminister zur Finanzpolitik bzw. zur Stabilität des Dinars, zur Landwirtschaft, zur Energiewirtschaft, zur Sozialpolitik, zum Gerichtswesen, zur Reform und

⁷ Eine derartige Aufteilung wurde in Bosnien-Herzegowina umgesetzt.

Säuberung des Polizeiapparats und der Geheimdienste, zu kulturellen Fragen und zu Minderheiten und Glaubensfragen.⁸

Die neue Regierung wird sich noch in dieser Woche in zwei außerordentlichen Sitzungen beraten, um den Generalsekretär und weitere Schlüsselfunktionen in der Verwaltung zu bestellen. Weiter wurde in Aussicht gestellt, dass bis Ende März das Budget für das Jahr 2004 verabschiedet sowie ein erster Verfassungsentwurf ausgearbeitet werde.

⁸ Das detaillierte Exposé kann in englischer Sprache über office@kas-bg.org angefordert werden.